

*Herausgegeben von
Susan Neiman
und Michael Wildt*

HISTORIKER STREITEN

GEWALT
UND
HOLOCAUST –
DIE
DEBATTE

*Omer Bartov
Yehuda Bauer
Sebastian Conrad
Mischa Gabowitsch
Mario Keßler
Sami Khatib
Volkhard Knigge
Per Leo
Eva Menasse
A. Dirk Moses
Jan Philipp Reemtsma
Ingo Schulze
Fabian Wolff
Benjamin Zachariah*

Propyläen

HISTORIKER STREITEN

Herausgegeben von Susan Neiman und Michael Wildt

Propyläen wurde 1919 durch die Verlegerfamilie Ullstein als Verlag für hochwertige Editionen gegründet. Der Verlagsname geht zurück auf den monumentalen Torbau zum heiligen Bezirk der Athener Akropolis aus dem 5. Jh. v. Chr. Heute steht der Propyläen-Verlag für anspruchsvolle und fundierte Bücher aus Geschichte, Zeitgeschichte, Politik und Kultur.

HISTORIKER STREITEN

GEWALT UND HOLOCAUST –
DIE DEBATTE

*Herausgegeben von
Susan Neiman
und Michael Wildt*

PROPYLÄEN

Propyläen ist ein Verlag der Ullstein Buchverlage GmbH
www.propylaeeen-verlag.de

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Klimaneutrales Produkt
- Papiere aus nachhaltiger
Waldwirtschaft und anderen
kontrollierten Quellen
- ullstein.de/nachhaltigkeit



ISBN 978-3-549-10050-9

© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2022

Alle Rechte vorbehalten

Gesetzt aus Adobe Caslon Pro

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck und Bindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

INHALT

Susan Neiman

Wie die beiden Historikerstreite zusammenhängen 7

Eva Menasse

Tugendbesoffenes Raunen 19

Sebastian Conrad

Erinnerung im globalen Zeitalter 31

Sami Khatib

Singularitätseffekte 59

Jan Philipp Reemtsma

»Wehrmachtsausstellung« 75

Ingo Schulze im Gespräch mit Susan Neiman

Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik und der DDR 101

Yehuda Bauer

»Einen Schlusstrich ziehen geht einfach nicht« 123

Per Leo

»The past in all its messiness« 137

Mario Keßler

Postkolonialismus und Internationalismus 155

Omer Bartov

Historikerstreit 0.0 171

A. Dirk Moses

Deutschlands Erinnerungskultur und der
»Terror der Geschichte« 199

Benjamin Zachariah

Geschichte besitzen, besitzergreifende Geschichten 243

Fabian Wolff

Tony Judt und die Folgen 269

A. Dirk Moses im Gespräch mit Volkhard Knigge

Wie gerecht ist unser Gedenken? 281

Mischa Gabowitsch

Zuhören statt belehren: für eine Osterweiterung der
deutschen Erinnerung an Krieg und Holocaust 291

Michael Wildt

Historikerstreit 1.0, 2.0 309

Editorische Notiz 329

Anmerkungen 331

Die Autorinnen und Autoren 363

Susan Neiman

WIE DIE BEIDEN HISTORIKERSTREITE ZUSAMMENHÄNGEN

Ich finde es ironisch, dass es einer Philosophin zufällt, den Mangel an historischem Bewusstsein in beiden Historikerstreiten zu bemerken. Als ich mich für den ersten Historikerstreit zu interessieren begann, vor allem daran, wie er in Erinnerung geblieben ist, war er noch keineswegs allgegenwärtig, sondern kaum mehr präsent. Und es gab keinen Historikerstreit 2.0. Am ersten Historikerstreit könnte heute die Geschwindigkeit faszinieren, mit der er vergessen worden ist. 1987 gab es hierzulande einen fast durchgehenden Konsens: Nolte und Hillgruber gehören zu den Ewiggestrigen, Habermas und Augstein haben in der Öffentlichkeit gesiegt. Den Holocaust dürfe man nicht mit anderen Verbrechen vergleichen, nicht einmal mit Stalins Mordtaten, die 1986/87 hinreichend bekannt waren. Die DDR, die nach einem *Zeit*-Artikel der Philosophin Margherita von Brentano, Akten statt Leichenberge hinterlassen hatte, spielte im Historikerstreit kaum eine Rolle. Doch kaum war nur zwei Jahre später

die Mauer gefallen, wurde ständig von den »zwei deutschen Diktaturen« geredet. Konservative beeilten sich, Hunderttausende von angeblich systemnahen Ostdeutschen von ihren Posten zu entfernen, mit der Begründung: Wir geben ja zu, die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit war nicht besonders gründlich – dieses Mal aber wollen wir es richtig machen. Der eben erst gefundene Konsens, dass die Nazi-Verbrechen unvergleichlich seien, war verschwunden. Eine weichere Variante war bei Linksliberalen zu hören: »Ich will ja nicht gleichsetzen, aber ...«, um dann doch das Unrecht der DDR so sehr an Nazi-Unrecht heranzurücken, dass es einer Gleichsetzung nahekam. Wie Ingo Schulze geschrieben hat: Sobald man einen Staat als Unrechtsstaat bezeichnet, braucht man nicht mehr über ihn nachzudenken. Niemandem schien dabei aufzufallen, dass damit auch die Singularitätsthese über den Haufen geworfen war.

Vergessen war aber auch – und das spielt für die jetzigen Debatten eine große Rolle –, dass die Singularitätsthese keine metaphysische Festlegung, sondern eine politische Antwort auf bestimmte historische Verhältnisse war. Der erste Historikerstreit brach ein Jahr nach der berühmten Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985 aus, und die war damals höchst umstritten. Viele Deutsche, vor allem aus der Nazi-Generation, waren noch keineswegs bereit, ihr Selbstbild als Opfer des Krieges aufzugeben und die Täterrolle zu akzeptieren, wie sie Weizsäcker, wenn auch sanft, seinen Landsleuten empfahl. Auch Nolte und seine Mitstreiter suchten weniger das metaphysisch Absolute als vielmehr politische und psychologische

Entlastung, nach dem Motto: »The Bolsheviks made us do it.« Das ist zwar kindisch ausgedrückt, aber der Hinweis auf die Verbrechen anderer als Entlastung für die eigenen hat mehr als kindische Folgen. Denken wir nur an Hitlers Verweis auf den Raubmord an den Ureinwohnern des amerikanischen Kontinents, mit dem er seinen Drang nach Osten rechtfertigte. Zur Zeit des ersten Historikerstreits waren solche Stimmen in Westdeutschland noch sehr präsent, ebenso der Glaube, man habe vor allem in der Wehrmacht gekämpft, um Familie und Heimat vor den asiatischen Horden zu verteidigen. Es würde noch fast ein Jahrzehnt bis zur ersten Wehrmachtsausstellung dauern, und selbst dann schienen die systematischen Verbrechen der Wehrmacht im Osten für viele eine große Überraschung zu sein. Die Kinder der Nazis und ihrer Mitläufer hingegen mussten gar nicht erst Nolte lesen, um diese Abwehrgesten zu verabscheuen. Sie hatten ja selbst erlebt, wie die Vergleiche ihrer Eltern immer nur dazu dienten, deutsche Schuld zu verkleinern.

Inzwischen aber behandeln manche Autoren die Singularitätsthese, als ob sie ein Teil der Heiligen Schrift wäre, und nicht eine sinnvolle politische Intervention in einem bestimmten historischen Kontext. Nachdem sie jahrzehntelang vergessen war, wird sie plötzlich wiederentdeckt – seitdem es nicht um Kommunisten, sondern um People of Color geht. Dies ist, glaube ich, weniger eine Folge von latentem Rassismus als eine Folge von dem, was Willi Winkler den »verordneten Antikommunismus« nennt – sowie der kurzlebigen Erinnerung an historische Zusammenhänge.

Aber ist nicht doch etwas Singuläres am Holocaust? Diese Debatte gibt es auch unter Juden. Nationalistische Juden behaupten, dass es nie zuvor ein vergleichbares Verbrechen gegeben habe; genauso behaupten nationalistische Afroamerikaner, etwa die Afropessimisten, dass die rassistischen Verbrechen gegen Schwarze älter, schwerwiegender und dauerhafter als alle anderen sind. Für Universalisten, ob jüdisch, schwarz oder sonst was, ist eine solche Opferkonkurrenz mehr als unsinnig: Es schwächt die Solidarität, die wir brauchen, um gemeinsam gegen alle Formen des Rassismus zu kämpfen.

Selbstverständlich gibt es Unterschiede zwischen der Verfolgung der Juden und der Verfolgung der Schwarzen. Die Vorurteile gegenüber diesen beiden Gruppen sind höchst unterschiedlich, und die Abneigungen gegenüber Asiaten oder indigenen Völkern sind wiederum anders gelagert. Methoden von Verfolgung und Mord variieren je nach Kultur und Zeitalter. Solche Unterschiede können von Historikern, Anthropologen und Soziologen detailliert untersucht werden. Moralisch gesehen sind sie aber belanglos. Wird ein Mensch allein wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Gruppe verfolgt, handelt es sich um Rassismus, und dieser muss bekämpft werden – egal, wo und wie er erscheint. Dies zu behaupten, ist keine Relativierung des Holocausts – geschweige denn eine Form des Antisemitismus –, sosehr nationalistische Juden, die das Leid des eigenen Stammes priorisieren, dies auch behaupten mögen.

Diese universalistische Haltung ist keineswegs nur bei

kosmopolitischen Linksintellektuellen zu finden. Es zeigte sich in der gewaltigen Unterstützung der jüdischen Gemeinden Amerikas für »Black Lives Matter« nach dem Tod von George Floyd. Sämtliche jüdische Einrichtungen, darunter eine Reihe von Holocaust-Museen und Forschungszentren, wollten es nicht nur bei Demonstrationen belassen. Sie haben überdies Programme, Ausstellungen, Vortragsreihen entwickelt, um den amerikanischen Rassismus ein Stück aufzuarbeiten. Der Drang nach Solidarität war viel stärker als der Impuls, die Singularität des Holocausts zu behaupten. Dabei waren sie sogar sehr bereit, aus der deutschen Erfahrung zu lernen.

Denn sie mussten nicht warten, bis die Literaturwissenschaft die »multidirektionale Erinnerung« entdeckte. Diese Erinnerung durchzieht die amerikanische Geschichte seit der Sklavenzeit. Versklavte Afrikaner schöpften Hoffnung aus biblischen Geschichten der Hebräer, die Sklaven in Ägypten waren. Die Gospel-Lieder, die diese Hoffnungen reflektieren, werden heute noch gesungen. Nach dem Bürgerkrieg schufen jüdische Unternehmer über fünftausend Schulen für die befreiten Afrikaner, denen Lesen und Schreiben während der Sklavenzeit verboten gewesen war. In den 1930er-Jahren berichteten afroamerikanische Zeitungen von der Verfolgung der Juden in Deutschland und zogen immer wieder Parallelen zur eigenen Erfahrung. Diese Parallelen waren nicht zufällig: Inzwischen wissen wir, dass Nazi-Juristen die amerikanischen Rassengesetze studierten, als sie die Nürnberger Gesetze schrieben). Viele Professoren, die

aus Deutschland und Österreich emigrieren mussten, fanden Stellen an schwarzen Colleges. Albert Einstein war nur der bekannteste Emigrant in den USA, der sich, kaum den Nazis entronnen, stark für die Bürgerrechtsbewegung engagierte. Obwohl sie nur 2 Prozent der Bevölkerung stellten, machten Juden 30 Prozent aller Weißen aus, die in den 1960er-Jahren im tiefen Süden für die Bürgerrechte der Schwarzen kämpften, als solches Engagement manchmal tödlich war.

Auch wenn spätere Spannungen, für die beide Gruppen verantwortlich waren, diese Erinnerungen trübten, sind sie nie ganz verschwunden. Dass die Demokraten, jedenfalls vorläufig, überhaupt eine Chance zu regieren haben, liegt vor allem daran, dass im vergangenen Januar ein Schwarzer und ein Jude zusammen kämpften und so die Senatswahlen in Georgia gewannen. Von Paul Robeson über Bob Dylan bis Toni Morrison gehört es zur amerikanischen Kultur, diese geteilte Erinnerung wachzuhalten.

Die Enthistorisierung der Singularitätsthese verhindert daher die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung. Und diese muss ausdrücklich gewürdigt werden – etwas, was leider nie so recht in Mode gekommen ist. Nicht nur Menschen, die sich »Anti-Deutsche« nennen, sind von vornherein überzeugt, dass es außer Brotbacken nichts von den Deutschen zu lernen gäbe. Solche Vorwürfe bestätigen eine der Hauptthesen meines Buches *Von den Deutschen lernen*: In keinem anderen Land wird selbst verhaltenes Lob so scharf zurückgewiesen. Kritik ist dagegen immer willkommen. Doch das, was bisher erreicht wurde, als leeres Ritual zu verwerfen, ist

ziemlich provinziell, von anderen Ländern aus gesehen Meckern auf hohem Niveau.

Schwarze Amerikaner müssen immer noch in einem Land leben, wo Konzentrationslager als Hochzeitskulissen dienen und Symbole der Sklavenzeit von Abermillionen Weißen verherrlicht werden – beispielsweise bei dem versuchten Coup am 6. Januar 2021. Sie wären zutiefst dankbar, wenn Denkmäler für die Opfer und nicht für die Täter gebaut würden – und auch geschätzt, selbst wenn sie bloß »Kranzabwurfstellen« sein mögen. Das wäre wenigstens eine offizielle Anerkennung nationaler Schuld; Gesinnungsänderungen dauern natürlich länger. Derzeit gibt es noch keinen Bürgerkrieg, aber »Geschichtskriege«, wie die Amerikaner sagen. Sie finden nicht nur in den Feuilletons, sondern auch auf parlamentarischer Ebene in den Bundesstaaten statt, wo beispielsweise entschieden wird, ob Texte von Martin Luther King in Schulklassen gelesen werden dürfen. Denn viel zu spät, aber dafür umso entschlossener, hat 2015 eine amerikanische Vergangenheitsaufarbeitung begonnen. Das war genau 150 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs.

Blicken wir kurz auf die ehemaligen großen Kolonialmächte: Eine Meinungsumfrage des *Guardian* von 2020 zeigte, dass nur 19 Prozent der Briten Scham oder Reue wegen ihrer Kolonialgeschichte empfinden. Auch in Frankreich, Spanien, Belgien oder den Niederlanden können wir beobachten, wie langsam und schleppend die Anerkennung der Kolonialverbrechen vonstattengeht. Diejenigen, die die Langsamkeit solcher Anerkennung in Deutschland beklä-

gen, könnten sich stattdessen freuen, dass sie wenigstens in Gang gekommen ist – aber eben vor allem, weil Deutschland schon einen Begriff von Vergangenheitsaufarbeitung hat und Erfahrung damit.

Dieser Begriff ist historisch neu, und wer könnte erwarten, dass ein völlig neuer Begriff sofort realisiert wird? Nationale Narrative sind heroisch geprägt, und das ist so menschlich wie natürlich: Niemand will seine Ahnen als Mörder, alle wollen sie am liebsten als Helden sehen. Wird dies unmöglich, gibt es ein Opfernarrativ, das bloß die Kehrseite des Heldenhaften ist: Unsere Leute wären ja Helden gewesen, hätte die Geschichte sie nicht zu Opfern gemacht. So dachte die Mehrheit der Deutschen nach 1945, so denkt die Mehrheit der Nachfahren der Konföderierten im Süden der USA bis heute. Wenn auch widerwillig und langsam, so haben die Deutschen doch zuletzt eine andere Haltung angenommen: die des Täters. Zusammengefasst hieß es in der Weizsäcker-Rede: Wir haben zwar gelitten, aber andere haben noch mehr gelitten, und ihr Leid ist unsere Schuld. Diese Transformation eines nationalen Selbstbilds von Helden zu Opfern zu Tätern ist bis heute historisch einmalig.

Aber es hat so lange gedauert, bis Deutsche Verantwortung für den Holocaust übernahmen! In der Tat. Und die wichtigste Lektion, die andere aus der deutschen Erfahrung lernen können, ist ebendiese: Vergangenheitsaufarbeitung ist schwer, langwierig, unangenehm. Und selbst wenn ein Teil einer Nation darauf besteht, dass sich die Nation zu ihren Verbrechen bekennt, wird es Widerstand geben. »Nestbeschmutzer« wird

der mildeste Vorwurf sein. Dieser Widerstand aber ist ganz normal, und es darf uns nicht hindern, Fortschritte als solche zu würdigen. Die Lage der Juden in Deutschland wie die Lage derjenigen, die einst »Ausländer« hießen, ist meilenweit entfernt von den Bedingungen, die in den Achtzigerjahren herrschten, geschweige denn in den Fünfzigerjahren. Die Fortschritte zeigen sich in Gesetzen, in der Sprache, im Umgang mit Vielfalt. Reicht das? Natürlich nicht. Aber niemand wird sich anstrengen, weitere Fortschritte zu machen, wenn man alle bisherigen kleinredet. Um den Antisemitismus und andere Formen des Rassismus zu bekämpfen, muss man anerkennen können, dass frühere Versuche nicht vergeblich waren.

Das Festhalten an der Singularität des Holocaust führt nicht nur dazu, dass die Verbrechen der Nazis auf Antisemitismus reduziert und dadurch Verbrechen an anderen Völkern in den Schatten gestellt werden. Es führt auch zu einer merkwürdigen Ignoranz gegenüber Juden. Die Unwissenheit über Juden ist eine andere als in Ländern wie etwa Mosambik oder Peru, wo nur wenige von ihnen leben. Denn die Deutschen wissen schon etwas über Juden, nämlich: Das sind die Opfer, die wir auf schreckliche Weise ermordet haben. Dieses Wissen ist so schmerzhaft, dass es oft alle weiteren Versuche, mehr über Juden zu erfahren, blockiert. Das ganze Thema ist mit Scham und Schuld behaftet. Wen überrascht es, dass die Mehrheit der Deutschen keine Lust hat, sich weiter damit zu beschäftigen? Man hat die Lektion gelernt, kann die Namen der Hauptlager aufzählen, weiß von den Großindustriellen,

die davon profitierten. Muss man sich auch noch mit real existierenden Juden auseinandersetzen?

Der Mangel an Kenntnis der jüdischen Verhältnisse in Deutschland zeigte sich im vergangenen Jahr auf deutliche, wenngleich teilweise geradezu komische Weise. Irgendwie ist es seltsam, wenn deutsche Politiker und Journalisten auf die Idee kommen, Juden antisemitisch zu nennen, weil sie auf die angebotene Opferrolle dankend verzichten und die Politik Israels kritisieren. Allerdings ist es dann nicht mehr komisch, wenn die Vorwürfe dazu führen, dass einige dieser Juden – selbst Israelis oder Kinder von Holocaust-Überlebenden – aus öffentlichen Räumen ausgeschlossen werden. Palästinenser in Deutschland trifft es noch viel härter. Vor Kurzem verlor eine palästinensische Journalistin ihre Moderatorenstelle beim WDR; letzten Endes, weil sie einen Tweet der Organisation »Jewish Voice for Peace«, die ein Ende der israelischen Besatzung im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ostjerusalem fordert, auf Twitter gelikt hat. Grenzwertig ist es auch, wenn die AfD versucht, ihrem Ruf als Nazi-nahe Partei zu entkommen, indem sie eine Resolution im Bundestag einbringt, die die bis dahin hier völlig unbekannte BDS-Bewegung (»Boycott, Divestment, Sanctions«) von deutschem Boden verbannen sollte. Es ist aber überhaupt nicht mehr komisch, wenn alle andere Parteien daraufhin eine leicht abgeschwächte Fassung dieser Resolution verabschieden, weil sie Angst davor haben, Israel weniger zu unterstützen als die heuchlerische AfD.

Ich bin daher davon überzeugt, dass die jeweiligen Pro-

bleme der beiden Historikerstreite zusammenhängen, und dass auch die Hämie, mit der Westdeutsche auf den Antifaschismus der DDR reagieren, eine Rolle spielt. In dem oben genannten Buch habe ich argumentiert, dass die DDR der Bundesrepublik in vielem voraus war, was die Anerkennung und Ahndung von Nazi-Verbrechen betraf. Natürlich war der dortige Antifaschismus oft instrumentalisiert, um Unterdrückung zu rechtfertigen. Und dennoch war die Botschaft »Die Nazis waren Verbrecher und der 8. Mai war eine Befreiung« lange Zeit nur aus einem der beiden deutschen Staaten zu vernehmen – was noch wichtiger ist als die Zahlen, die belegen, dass in der DDR mehr Nazis verklagt, verurteilt und von ihren Posten entfernt worden sind als in der Bundesrepublik. Es ist eine Schande, dass es bis heute keine gesamtdeutsche Erinnerungskultur gibt: Ostdeutsche haben vollkommen andere Wahrnehmungen in der Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus als Westdeutsche.

Dies ist aber nicht nur von historischer Bedeutung. Der Antifaschismus der DDR hat nie auf der Singularität des Holocaust bestanden. Stattdessen wurde beispielsweise auch der 14 Millionen ermordeten slawischen Zivilisten gedacht, ebenso wie der 13 Millionen Rotarmisten, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus gefallen sind. Und wenn Kritiker sich heute beschweren, dass Deutschland seine Kolonialgeschichte vergessen hat, denken sie nur an einen Teil von Deutschland, denn es gab eine reiche Tradition der Kolonialforschung in der DDR. Weil der Antifaschismus der DDR

nicht auf Juden zentriert war, wird er oft als antisemitisch angesehen. Gerade als Jüdin ist mir dieser Vorwurf fremd, und auch wenn ich keineswegs dafür plädiere, dass wir die DDR-Sichtweise völlig übernehmen, könnten wir schon etwas von *diesen* Deutschen lernen.

Wenn wir uns also die Zusammenhänge der beiden Historikerstreite vor Augen führen, wird klar, dass die Singularitätsthese *als moralisches Gebot* überholt ist. Es ist keine Relativierung des Holocausts, wenn wir heute auch der Verfolgung und dem Terror gegenüber anderen Völkern ins Gesicht schauen – und versuchen, sie so weit wie möglich wiedergutzumachen.

TUGENDBESOFFENES RAUNEN

documenta, BDS und Co: Die Antisemitismus-Debatte
ist eine fehlgeleitete, hysterische Pein

Die deutsche Antisemitismus-Debatte ist voll mit Aufgeregten, die einander in Symbolpolitik überbieten. Alle anderen – die durchaus dafür sensibilisierte Öffentlichkeit ebenso wie ganz normale Juden, die keine Funktionsträger oder Meinungsführer sind – haben sich längst frustriert abgewandt. Vielleicht hat den einen oder anderen selbst schon der Antisemitismus-Vorwurf getroffen, das kann auch Juden passieren. Die Symbolpolitiker sind, während sie durch die Arena fegen, nämlich nicht sehr behutsam.

Gibt es (kruden, brutalen, lebensgefährlichen) Antisemitismus? Ja, und nicht zu knapp. Er ist, wie aller Hass, dank der asozialen Medien exponentiell gestiegen. Wären wir nicht so zugehörnt von datenklaufenden Gratis-Apps, müssten wir uns fragen, warum wir einen Ausbruch von physischer und psychischer Gewalt hinnehmen, wie er seit dem Schwarzpulver nicht von einer Erfindung allein verursacht worden ist. Neben Digitalkartellen profitieren vor allem Personenschüt-

zer: Von Lokalpolitikern über Universitätsprofessoren bis zu Kabarettisten und Virologen wächst seit Jahren rasant die Gruppe von Menschen, die sich von »Gun Men« begleiten lassen und ihre Adressen geheim halten müssen.

Aber nicht nur der vervielfältigte Hass (der direkt zu Verbrechen wie in Kassel, Hanau, Halle führt) explodiert uns unter der Hand, sondern auch ein völlig irregegangener Moralismus aus ähnlich trüb-digitalen Quellen. Kleine Gruppen von rigorosen Einpeitschern haben den Diskurs in weiten Teilen unter ihre Kontrolle gebracht und ihr Publikum infiziert, das nun selbst im Namen von hehren Begriffen wie »Gleichberechtigung«, »Diversität« oder eben »Kampf gegen Antisemitismus« ein maßloses, unversöhnliches und bedrohliches Verhalten an den Tag legt. Zu ihnen gehört das »Kasseler Bündnis gegen Antisemitismus«, das den angeblichen documenta-Skandal lange vor der Eröffnung losgetreten hat. Den »Kasselern« zufolge befänden sich unter zur documenta 2022 eingeladenen Künstlern solche mit antisemitischen Haltungen. Handfeste Beweise für diesen schwerwiegenden Vorwurf blieben aus – so wurde etwa keineswegs das »Khalil Al Sakakini Cultural Center« zur documenta eingeladen, sondern eine Künstlergruppe, die zeitweise dort residierte. Wenn es aber ausreichen würde, in Gebäuden gearbeitet zu haben, die nach Menschen mit jüdenfeindlichen Einstellungen benannt oder von ihnen begründet worden sind, müsste man unter anderem die Bayreuther Festspiele schließen. Doch den Kasselern gelang es, ihre publizistische Bombe zu zünden, die üble Nachrede zog die beabsichtigten weiten Kreise. Die

Kasseler »Recherchen« wurden umgehend auch von Qualitätsmedien wie der *Zeit* übernommen und so breit wie kenntnisfrei diskutiert. Denn da es gegen Antisemiten geht, wird's schon ungefähr stimmen, oder? Als dann tatsächlich antisemitische Bilder gefunden wurden, gingen die Wogen der Empörung erst recht hoch – dazu weiter unten mehr.

Überall, auch bei »MeToo« und »BlackLivesMatter«, sind die Debatten inzwischen komplett entgleist. Viele Teilnehmer haben sich vom pragmatischen Ansatz (»Wo ist das Problem, und wie kann man es lösen?«) in den religiösen Wahn verabschiedet. Das ist die überzeugende These des amerikanischen Linguisten John McWhorter, der mit *Die Erwählten – Wie der neue Antirassismus die Gesellschaft spaltet* das Buch zur Stunde geschrieben hat. Seine Analysen lassen sich beinahe bruchlos auf Deutschland und seine regelmäßig ausbrechenden Antisemitismusdebatten übertragen: Er beschreibt Gläubige und Ketzer, Glaubensbekenntnisse, Inquisitoren und Hexenverbrennungen. Nichts davon helfe, so McWhorter, das Leben schwarzer Amerikaner zu verbessern. Ähnliches gilt für die Juden in Deutschland. Analog zu McWhorter könnte man die »Glaubensbekenntnisse« in Deutschland aufzählen: »Singularität des Holocaust« ist nur das wichtigste und am verbissensten verteidigte. In diesem Buch wird das Nötige dazu gesagt – »Singularität« ist jedenfalls nicht, wie es manche gern hätten, eine Art Gesslerhut, dem jederzeit ohne Diskussion zu huldigen ist. »Israels Existenzrecht als deutsche Staatsräson« wäre ein weiterer solcher Hut – als ob es irgendeinen ernst zu nehmenden

Teilnehmer am deutschen Diskurs gäbe, der das Existenzrecht Israels infrage stellte. Aber auch das ist inzwischen zu einem umgekehrten Totschlagargument geworden: Sobald einer nur eine Rückfrage hat (zum Beispiel: Welchen Israels eigentlich genau? In welchen Grenzen? 1948, 1967?), bricht die geballte Wut der Inquisitoren aus. Die neu erlernte Unfähigkeit, einem anderen Argument nur ein wenig zu folgen, anstatt blitzschnell, nach einem Reizwortschema, in »Team Gut« und »Team Böse« zu sortieren, ist auch hier eine direkte Folge der asozialen Medien und ihrer typischen binären Streitstruktur. Der Digitalismus hat uns trainiert, immer nach dem Trennenden, der Differenz zu suchen und das Gemeinsame, die Möglichkeit zum Kompromiss zu missachten.

Schauen wir uns die Mannschaft der hiesigen Kämpfer gegen den Antisemitismus nun etwas genauer an. Sie ist in den letzten Jahren so angewachsen wie die Chanukkah-Leuchter im öffentlichen Raum und zumindest politisch vorbildlich divers. Die Spieler reichen von weit rechts, der islamophoben Springer-Presse mit ihrer Redaktionspräambel, die Israel und »die Juden« so unsauber vermischt, über das *FAZ*-Feuilleton, das sich im Inquisitorenton offenbar noch immer vom Historikerstreit der Achtzigerjahre reinzuwaschen versucht, weiter über furiose Linke und Ex-Linke in *Zeit*, *taz*, *Spiegel* (die alle auf diese Weise wohl deutsche Schuld abtragen wollen) bis zu den über viele Online-Redaktionen verteilten sogenannten »Antideutschen« (etwa »Perlentaucher« und »Ruhrbarone« – Letztere machen Meme-

Witze über die Vernichtung von Gaza). Das sind ehemals radikale Linke, die, erst im ehrenwerten Dissens mit linkem Antisemitismus/Antiimperialismus, dann seit der Wiedervereinigung, einen »deutschen Nationalismus« ablehnen – zugunsten einer blinden Verehrung des israelischen. Sie alle geißeln mit schärfsten Worten Antisemitismus, wo sie ihn entdecken, also fast überall.

Nun hat Deutschland aufgrund seiner Geschichte zweifellos eine besondere Verpflichtung. Diese verlangt aber wohl auch, die Vernunft zu wahren, alle Seiten anzuhören und vor allem nicht halb automatisch mitzuheulen, wenn nur einer »Antisemit« schreit und dabei anklagend auf einen anderen zeigt. Es klingt wie ein Witz, ist aber wahr: Die israelische Presse ist vielfältiger, die amerikanische sowieso. Jüdische Stimmen, die die israelische Siedlungs- oder Besatzungspolitik kritisieren, werden in Deutschland sofort diffamiert (»jüdischer Selbsthass«, »bekannter Antizionist«, »nicht jüdisch genug«). Ebenso wenig wird – außer auf sachlichen Außenpolitik-Seiten – das erbärmliche Leid der Palästinenser thematisiert. Als jüdische und israelische Schriftsteller in Köln eine Anthologie (u.a. mit Michael Chabon, Assaf Gavron, Arnon Grünberg) über das Leben unter israelischer Besatzung vorstellten, verteilten empörte deutsche Aktivisten Flugblätter gegen diese »antisemitische und antizionistische Veranstaltung«. Da läuft doch irgendetwas schief!

Beim Kampf gegen strafrechtlich relevanten Antisemitismus hingegen bringt Deutschland bisher kaum den politischen Willen auf, den Herbert Reul, der Innenminister von

NRW, gegen Kinderpornografie so eindrucksvoll bewiesen hat: ordentliche Polizeiarbeit, entschlossene Strafverfolgung, schnelle Prozesse. Kein antisemitischer Blogger, keine jüdenfeindliche Gruppe auf Telegram dürfte sich dann sicher fühlen. Und eine Staatsanwaltschaft wie in Cottbus, die trotz Anzeigen monatelang nichts gegen einen Hetzer wie Attila Hildmann unternimmt, müsste ausgetauscht werden.

Die Energie spart man aber lieber für einen Kulturkampf voller Leidenschaft und Provinzialität. Als im März des Vorjahres die »Jerusalemser Erklärung« (JDA), eine Neudefinition von Antisemitismus, vorgestellt wurde (sie möchte ihn präziser von legitimer politischer Kritik unterscheiden), verspottete ein deutscher Chef-Feuilletonist die dreieinhalb hiesigen Unterzeichner – die illustre, international renommierte Riege der Verfasser von JDA schien er gar nicht zu kennen. Es gibt hier keifende Kommentatoren, die noch nie in den besetzten Gebieten waren und dort auch nicht hinwollen (vor Jahren versuchten die deutsch-jüdischen Menschenrechtsaktivistin Nirit Sommerfeld und ich vergeblich, eine Art Bildungsreise dorthin für die wichtigsten Feuilletons zu organisieren; nur ein einziger Redaktionsleiter antwortete, die anderen schwiegen lieber) und die von der Bandbreite der internationalen Diskussion keine Ahnung haben. Sie hätten wohl schlaflose Nächte, wenn sie erführen, dass Trump und seine evangelikalen Christen Finanziers der radikalen Siedlerbewegung sind oder dass 25 Prozent der US-amerikanischen Juden Israel für einen »Apartheidstaat« halten – die US-Juden müssen nicht recht haben, es würde aber die deutsche Hysterie rund

um den Begriff »Apartheid« ein wenig auf den Boden holen, nicht wahr? Oder wenn sie wüssten, dass die meisten moderaten Palästinenser mit der BDS-Bewegung (»Boycott, Divestment, Sanctions«) sympathisieren, denn die weniger moderaten sind halt für Hamas.

Zu unguter Letzt gibt es seit geraumer Zeit in fast allen Bundesländern die Antisemitismusbeauftragten, Symbolpolitiker schlechthin. Einer fordert, Jiddisch als Minderheitensprache anzuerkennen (Anzahl der Sprecher gegen null), und beschimpft auf Twitter seine jüdischen Gegner (täte er es zumindest auf Jiddisch!), ein zweiter postet Fotos von sich in israelischer Polizeiuniform, ein dritter erstellt lange Listen angeblich antisemitisch kontaminierter Straßennamen in Berlin und hat dafür vom Intendanten der Komischen Oper, Barrie Kosky, den verdienten Spott kassiert. Aber wird ihn das abhalten, den Olof-Palme-Platz und die Fontanestraße umbenennen zu wollen? Ein vierter schließlich, Bundesbeauftragter der letzten Regierung, hat sich mit einem typisch deutschen Krampf-Satz unsterblich gemacht: »Politisch eher links stehende Israelis« möchten doch bitte »eine gewisse Sensibilität für die historische deutsche Verantwortung haben«.

In guten Momenten kann ich das fast lustig finden, die Straßennamenjäger, die linken Israelis, die bitte schön auf deutsche Schuld Rücksicht nehmen sollen, den »dude« in israelischer Uniform. Sogar, dass es die AfD war, die 2019 einen ersten Anti-BDS-Vorschlag im Bundestag einbrachte. Was müssen die anderen erschrocken sein, als sie von dieser

massiven Gefährdung deutscher Moral ausgerechnet durch Beatrix von Storch erfuhren! Ab dann wird die Geschichte leider bitter. Die Mehrheit aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen hat nicht bedacht, was sie mit ihrer Anti-BDS-Resolution anrichteten. Vielmehr hielten sich die Abgeordneten für Helden.

Dieser Popanz von Resolution hat die letzten Reste von Vernunft zerstört; als AfD-ler wäre ich mit dem Ergebnis zufrieden. Sie ist zwar rechtlich nicht bindend, hat bei Kulturveranstaltern aber wie beabsichtigt Angst und Schrecken ausgelöst. Öffentlich ein Antisemit genannt zu werden, weil ein eingeladener Künstler früher mal für BDS war oder auch nur mal eben darüber diskutieren will, ist in Deutschland gleichbedeutend mit Kinderschändung. Nein, ich übertreibe nicht. Einer ruft BDS, und alle anderen kreischen, genauso geschah es zuletzt in Sachen documenta, auf der wenige Tage nach ihrer Eröffnung tatsächlich ein paar kleine antisemitische Karikaturen auf einem großen indonesischen Stoffbild gefunden worden waren. Daraufhin entglitt die Diskussion vollends. Das Stoffbild wurde entfernt, die schäumenden Rücktrittsaufforderungen richteten sich nicht nur an die documenta-Leiterin, sondern selbstverständlich auch an die Kulturstatsministerin und ihren Amtschef. Die einzige Forderung, die nicht erhoben wurde, war, gleich ganz Kassel niederzubrennen – in der Logik dieses entfesselten Bildersturms schien alles andere offenbar gerechtfertigt. Ein acht mal zwölf Meter großer Wandteppich beziehungsweise ein paar kleine, durchaus antisemitische Männchen dar-

auf, wurden anscheinend für geeignet angesehen, Jahrzehnte deutscher Vergangenheitsaufarbeitung zu vernichten.

Ob die berühmte Kunstaussstellung einen bleibenden Schaden davontragen oder gar vorzeitig geschlossen werden wird, ist noch nicht heraus. Zwar haben damals anlässlich der Anti-BDS-Resolution die größten und wichtigsten Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen (Goethe-Institut, Haus der Kulturen der Welt, Einstein-Forum, Moses-Mendelssohn-Zentrum, Wissenschaftskolleg, Zentrum für Antisemitismusforschung, Bundeskulturstiftung und viele mehr) sich zur »Initiative Weltoffenheit« zusammengeschlossen. So wollten sie vor den Folgen dieser schädlichen, unpräzisen, McCarthy-haft schnüffelnden Resolution warnen, die ihre Kulturarbeit enorm verkompliziert, dabei aber keine einzige antisemitische Straftat verhindert. Sie ernteten: Kontaktschuld.

Denn das Feuilleton fiel fast geschlossen über »Weltoffenheit« her und hat – das ist die katastrophalste Folge – damit alle seriösen Experten, die Deutschland ja besitzt und deren Sachverstand gerade so dringend gebraucht würde (Nahost-erfahrene Kulturvermittler, renommierte Antisemitismus- und Rassismusforscher), mit einem Streich aus dem Spiel genommen. Wer an »Weltoffenheit« teilnahm oder eine Sympathieunterstützung unterschrieb, gilt seither als überführter BDS-Anhänger, man lese es beim »Kasseler Bündnis« nach. Auch deshalb dürfen nun auf mittelalterliche Plastik spezialisierte Kunsthistoriker über Dinge schreiben, von denen sie nichts verstehen. Als Nächstes werden sie in Archiven wüh-

len. Ich gebe den sardonischen Tipp gern: Man wird dort garantiert berühmte Künstler mit BDS-Sympathien finden, die schon bei früheren documentas ausgestellt haben. Wem ist damit geholfen?

Die BDS-Bewegung, gewiss in Teilen antisemitisch (ich zitiere Eva Illouz: »Das ist die britische Labour Party auch«), ist für die deutsche Debatte vollkommen irrelevant. Sie funktioniert als Hokusfokus, dem man öffentlich abschwören muss, worüber man selig vergessen kann, dass nach allen Kriminalstatistiken mindestens 90 Prozent aller antisemitischen Straftaten von rechtsradikalen deutschen Nazis verübt werden. Straftaten, *folks*! Angriffe und Körperverletzung, kein Literaturhaus- oder Vernissage-Geplauder! Aber weil deren Verfolgung so viel schmutziger und komplizierter ist, bleibt es beim tugendbesoffenen Raunen. In Berlin wurden gerade neue Plakate vorgestellt, ein Hörsaal ist zu sehen, der Text lautet: »Das ist Antisemitismus – und keine These!« Ja, wir haben sicher noch zu wenig Denunziation und Spaltung an den identitätspolitisch geschüttelten Unis, vielen Dank auch.

In der halbwegs normalen Welt, von der ich manchmal noch träume, diskutieren wie früher Wissenschaftler und Künstler in geschützten Räumen über Kunst und Politik, meinetwegen sogar über BDS, aber dann automatisch auch über die palästinensische Zivilbevölkerung, die täglich von gewalttätigen Siedlern terrorisiert wird, mit denen sich hoffentlich nicht mal Antideutsche verbrüdern würden. Journalisten recherchieren und wägen ab, ungehetzt vom Internet. All das schöne Geld der Antisemitismus-Beauftragten be-

kommt Herbert Reul als neuer Bundesbeauftragter für digitale und analoge Hassverbrechen. Dann würde endlich das Wichtige vom Unwichtigen getrennt, der Begriff »Antisemitismus« könnte wieder kleiner und präziser, der vom Judentum größer und kultureller gemacht werden. Aber klar, *dream on* – stattdessen der BDS-Abwehrzauber.

Sebastian Conrad

ERINNERUNG IM GLOBALEN ZEITALTER

Warum die Vergangenheitsdebatte
gerade explodiert

Londoner *Wembley*-Stadion, Juni 2020: Vor dem Achtelfinalspiel der Fußball-Europameisterschaft gegen England ging die deutsche Nationalmannschaft gemeinsam in die Knie. Sie schloss sich damit einer breiter werdenden Bewegung von Sportlern an, die mit dieser Geste öffentlichkeitswirksam gegen Rassismus Stellung nehmen. Begonnen hatte die Bewegung mit dem nordamerikanischen Football-Spieler Colin Kaepernick 2016. Aus Protest gegen die Unterdrückung von Schwarzen und anderen People of Color ließ sich Kaepernick auf ein Knie nieder, während vor den Spielen seiner Mannschaft die amerikanische Nationalhymne ertönte. Donald Trump verunglimpfte ihn als »Hurensohn« und Landesverräter; Kaepernick hingegen knüpft bewusst an die Erinnerung an die Sklaverei an. Inzwischen ist er zu einem Symbol der Bürgerrechtsbewegung geworden; diese Form, auf Diskriminierung aufmerksam zu machen, hat zahlreiche Sportarten in vielen Ländern erreicht.¹

Die Aktion der »Mannschaft« stand mithin in Verbindung mit transnationalen Medienereignissen. In Deutschland erinnert die Geste aber zugleich an einen anderen berühmten Kniefall: Im Dezember 1970 kniete Bundeskanzler Willy Brandt am Ehrenmal für die Toten des *Warschauer Ghettos*. Brandt propagierte eine neue »Ostpolitik«, aber hiermit zeigte er vor allem Demut gegenüber den jüdischen Opfern. Seine Geste wurde vor allem in der Bundesrepublik stark – und zunächst keineswegs einmütig – rezipiert. Seitdem ist das Foto vom knienden Bundeskanzler weltweit zu einem Sinnbild der deutschen Vergangenheitsbewältigung geworden.

50 Jahre liegen zwischen *Warschau* und *Wembley*. Ein halbes Jahrhundert, zwischen Nachkriegszeit und globalisierter Gegenwart. Die beiden Kniefälle stehen für zwei Momente, die ein Schlaglicht auf ganz unterschiedliche Problemlagen werfen, die die deutsche Gesellschaft zur jeweiligen Zeit kennzeichneten. Das war bei Brandt so, dessen Reformpolitik im Inneren sich ebenso wie die Versöhnung mit Polen und die Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock stets auch in Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen in der NS-Diktatur und im Weltkrieg definierte. Im Falle der Nationalmannschaft ist der Bezug zur Vergangenheit nicht so explizit; aber mit vielen Stellungnahmen gegen Rassismus sind indirekt auch Fragen globaler Migration und die Geschichte von Sklaverei und Kolonialismus aufgerufen. Wie können wir diese Verschiebung – vom Nationalsozialismus zum Kolonialismus als Referenzpunkt – erklären?

Warum die Vergangenheitsdebatte gerade explodiert

Gegenwärtig lebt Geschichte wieder in Deutschland, ist präsent im öffentlichen Raum wie lange nicht mehr. Konflikte und polemische Debatten überall: das Humboldt-Forum und koloniale Beutekunst; die Umbenennung der M-Straße; einhundertfünfzig Jahre Deutsches Kaiserreich; Achille Mbembe, Holocaust und Kolonialismus, die Deutschen mit »Nazihintergrund« und nicht zu vergessen die Machenschaften der Hohenzollern. So unterschiedlich die Debatten im Einzelnen sind, immer wird dabei die Deutung der NS-Zeit oder des Kolonialismus mitverhandelt; häufiger sogar beides. Die Dinge, um die es geht, liegen alle lange zurück; manche waren beinahe vergessen. Jetzt sind die Diskussionen gleichwohl so heftig, als ginge es um alles. Warum regen sich gerade alle so auf?

In dem gegenwärtigen Kampf um die historische Deutungshoheit mangelt es nicht an Kommentaren, Einlassungen, Deutungen. Aber meist geht es dabei um normative Fragen. Kommentatoren fragen: Soll koloniale Kunst zurückgegeben, Immanuel Kant aus den Lehrplänen verbannt, sollen Straßen umbenannt werden? Sollte die deutsche Gesellschaft auf der Einzigartigkeit des Holocaust bestehen, oder gibt es eine Verantwortung für die Opfer des Kolonialismus? Diese normativen Fragen – was sollen wir tun? – sind wichtig; sie sollen in diesem Beitrag jedoch nicht im Vordergrund stehen. Stattdessen soll thematisiert werden, worin die Gründe für die aktuelle Aufmerksamkeitsexplosion beste-

hen. Warum jetzt? Was sagt es über die Gegenwart, wenn die Geschichte wieder zum Gegenstand einer erbitterten, häufig polemischen Auseinandersetzung wird?

Was wir im Kern beobachten, sind die Effekte der Ablösung eines Erinnerungsregimes durch ein anderes: Das historische Narrativ der Nachkriegszeit (*Erinnerung I*) wird durch einen veränderten Erfahrungshaushalt in der globalisierten Gegenwart herausgefordert oder zumindest ergänzt (*Erinnerung II*). Erinnerung I und II – das sind keine eleganten Begriffe, aber in ihrer rein deskriptiven Form doch heuristisch hilfreich. Sie lenken den Blick darauf, dass die Erinnerungsdebatte nur die Oberfläche ist, unter der grundlegende gesellschaftliche Veränderungen liegen, die keineswegs auf Deutschland beschränkt bleiben.

Erinnerung I – ein transnationales Produkt

Lange Zeit hatte sich die (west)deutsche Gesellschaft in der Erinnerung I gut eingerichtet: Der Gründungskonsens der Bundesrepublik beruhte auf einer historischen Erzählung, die Deutschland auf dem Weg zu einer demokratischen, westlichen Gesellschaft sah. Seine Kernelemente: Distanz vom Nationalsozialismus, Demokratisierung, Absage an Krieg und Diktatur. Und im Zentrum: die kritische Aufarbeitung der deutschen Schuld, des Holocaust.

Im Rückblick sieht dieses Erinnerungsregime – gemeint ist: die hegemoniale Erinnerung im öffentlichen Raum – al-

lerdings deutlich homogener aus, als es in Wirklichkeit war. Der Begriff »Erinnerung I« wird hier heuristisch gebraucht; er soll nicht davon ablenken, dass Erinnerungsdebatten höchst umkämpft waren. Politische Konflikte über den Umgang mit der NS-Vergangenheit waren heftig, von den Diskussionen über die Wiedereingliederung belasteter und entnazifizierter Personen in den Fünfzigerjahren bis zu der Kritik an der NS-»Vätergeneration« 1968. Der Höhepunkt dieser Erinnerungskriege war der Historikerstreit 1986, der noch einmal das konservative und linke Lager gegeneinander in Stellung brachte. Mindestens so wichtig wie diese ideologischen Gegensätze war aber eine andere Entwicklung: Erst seit den Achtzigerjahren, in ganzer Breite erst nach 1990, fand die Erinnerung I im Holocaust ihr unangefochtenes Zentrum.²

Im Rückblick wird jedoch noch etwas ganz anderes deutlich: Die Erinnerung I war keineswegs nur ein deutsches Produkt. Das wird zu selten gesehen. Gewiss: Die Gesellschaft war stolz auf ihre »Vergangenheitsbewältigung«; der Begriff selbst wurde zum Exportschlager und zwang Übersetzer in anderen Sprachen zu gewagten Neologismen. Durchaus zu Recht: Die kritische Distanz vom Nationalsozialismus hat sich die deutsche Gesellschaft hart erarbeitet (wie viele Widerstände im Spiel waren, kann man am Beispiel von Fritz Bauer oder den Romanen von Ursula Krechel gut nachvollziehen). Aber die Rede vom kollektiven »Lerneffekt«, von der Emanzipation, von einer Gesellschaft, die sich München gleich am eigenen Schopf aus dem braunen Sumpf zieht, wie etwa noch Daniel Goldhagen meinte, sie bleibt

doch sehr einseitig.³ Mit etwas Abstand betrachtet ist klar, dass die deutsche »Vergangenheitsbewältigung« eng eingebunden war in transnationale Zusammenhänge – und nur in ihnen möglich.

Erinnerung ist ja nicht nur, nicht einmal in erster Linie, eine zeitliche Beziehung von der Gegenwart zur erinnerten Vergangenheit, auch wenn es häufig so aussieht; ihre Dynamik erklärt sich vor allem durch den Kontext in der Gegenwart, einen Kontext, der nationale Grenzen stets überschreitet. In der Bundesrepublik kamen viele solcher Faktoren zusammen und trugen zur Entstehung der Erinnerung I bei: die alliierte Besatzung, die Umerziehungsmaßnahmen, die Ansprüche der »Jewish Claims Conference«, der Eichmann-Prozess in Jerusalem oder 1979 die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie *Holocaust – die Geschichte der Familie Weiss*. Eine ganz zentrale Rolle spielte dabei der allmähliche europäische Einigungsprozess: Die kritische – und das hieß hier: selbstkritische – Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Holocaust war die politische und kulturelle Voraussetzung für Deutschlands Wiedereingliederung, für seinen »Weg nach Westen«.⁴

Vergleich mit Japan

Wie zentral diese transnationale Einbettung war, macht ein vergleichender Blick nach Japan sehr gut deutlich. Zwar gab es dort kein Pendant zum Holocaust; trotz brutaler Kriegs-

verbrechen zielte die japanische Strategie nicht auf einen systematisch verfolgten Genozid. Aber gleichwohl stand die öffentliche Erinnerung in Japan vor ganz ähnlichen Herausforderungen. Auch hier war die Zeit vor 1945 zur Negativfolie geworden, von der sich die Demokratie der Nachkriegszeit absetzte: Faschismus, Militarismus, Diktatur, Unterdrückung im Innern und nach außen, Angriffskrieg, zahlreiche Kriegsverbrechen. Der Tokioter Prozess war nach dem Modell der Nürnberger Prozesse konstruiert. Und auch die amerikanische Besatzung – die ihre Sicht auf die Vergangenheit über Radioprogramme mit dem Titel »Die ganze Wahrheit« verbreitete – war eine Gemeinsamkeit. In erinnerungspolitischer Hinsicht waren Westdeutschland und Japan nach 1945 durchaus vergleichbar.

Aber eben nicht ganz. Was anders war: Die Integration in der Region fand in Ostasien nicht statt. Es gab keine Asiatische Union, keine Entsprechung zur Europäischen Gemeinschaft oder heute der EU. Für Japan spielten daher die Nachbarländer für den Umgang mit der Vergangenheit kaum eine Rolle. Im Gegenteil: Die Zweiteilung der Welt im Kalten Krieg löste Japan aus Asien heraus. Nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch erinnerungskulturell war die japanische Gesellschaft fortan beinahe ausschließlich auf die Vereinigten Staaten bezogen. Der Kontrast könnte kaum größer sein: Die Bundesrepublik legte deutsch-französische Austauschprogramme auf, setzte auf Verständigung mit den Nachbarn (während gleichzeitig die Systemkonkurrenz mit der DDR zu einer Auseinandersetzung mit den sehr viel kri-